

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlicher Grundpreis 10 Pfennig
mal Schlußzahl des Bezugszeitraums deutscher Buchhändler zu Leipzig

Verantwortlicher Schriftleiter: Paul Haase
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Rüststraße 16
Fernsprecher Nr. 8800 — Postfachkonto Stuttgart Nr. 6808

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen

Denken und Handeln!

6. Die geschichtliche Auseinandersetzung

F. K. Die kapitalistische Wirtschaftsordnung wird ihrer überlegenen Leistungsfähigkeit zu verteidigen versucht. Überlegen leistungsfähig ist sie in der Tat, jedoch in ganz anderer Art, als ihre Verfechter meinen. Noch keine Wirtschaftsweise hat dergleichen hohe Leichenwälle, solch umfangreiche Trümmertaten läßt die Erinnerung verblasen an das Gute, was sie im Gefolge gehabt haben mag. Aber selbst wenn ihre Leistungsfähigkeit wirklich so hoch wäre, wie ihre Lobfänger behaupten, dürften darum die Völker ihre Freiheit für materiellen Vorteil hingeben? Dürften sie ihren Boden und dessen Reichtümer denen überliefern, die den obersten Grundgedanken der wirtschaftlichen Gleichberechtigung und menschlichen Freiheit vergewaltigen? Und dürften sie für ihren Lebensunterhalt von der Gnade und Weisheit derer abhängig sein, die das Gut der Gemeinschaft zu ihrem Privatnutzen eignen und ausbeuten? Diese Fragen stellen, heißt sie verneinen.

Die kapitalistische Wirtschaft hat seit 1914 den besten Teil ihres moralischen Kredits verlor. Der Glaube an ihre Nützlichkeit für die menschliche Wohlfahrt ist den breiten Massen aller Länder abhanden gekommen. Sie sind überzeugt, daß eine Ordnung, die die Hölle des Krieges entfesselt und einen Sumpf von Elend und Korruption geschaffen, längst reif ist für das Grab. Die Stimmen, die da meinen, der Kapitalismus müsse erst noch weiter bestehen gelassen, erst auf seine höchste Entfaltung gebracht werden, ehe er abblühsreif sei, sind durch die Größe seiner Sünden als auch durch seine Ohnmacht, sie wieder gutzumachen, eines andern belehrt. Der Verfall des Kapitalismus hat, um mit Sidney Webb zu sprechen, begonnen, noch ehe er seine Kräfte erlangte, und die Geschichte wird ihn ansehen nicht als eine Epoche, sondern als eine Episode, in der Hauptgeschichte als eine tragische Episode oder als den letzten Abschnitt zwischen zwei Epochen. Für die arbeitenden Massen lautet die Frage nun nicht mehr, ob der Kapitalismus befristet werden soll, sondern wie er zu befristet ist.

Der Größe des Übels müssen die Heilmittel entsprechen. Mit der Verschmierung einiger seiner Schwächen oder Herabsetzen von Heilspriechen ist es nicht getan, sondern sein Ursprung, das kapitalistische System, muß vernichtet werden. Doch zu der Radikalkur will sich, wie leicht verständlich, keine der heutigen Regierungen bequemen. Sie halten es mit der weißen Salbe. Davon macht die deutsche Regierung keine Ausnahme. Ihr Versuch, mit finanztechnischen Maßnahmen, Steuererhöhungen, Goldanleihen und weiß Gott was sonst noch muß schon aus dem Grunde scheitern, weil die Klasse, gegen die diese Maßnahmen gerichtet sind, eine äußerst wirksame Abwehr vermöge ihrer wirtschaftlichen und Finanzmacht betätigen kann. In einigen Wochen dürften auch die Urheber des Versuchs belehrt sein, daß dieser völlig untauglich ist. Immerhin hat die Veröffentlichung der Maßnahmen der Koalitionsregierung den Wellenschlag der öffentlichen Mißbilligung gedämpft, daraufhin der drohende Massenschritt der hungernden, empörten Arbeiter verhallt.

Die Massenbewegung mag verlangsamt, aufgehalten worden sein von der Annahme, die finanztechnischen Maßnahmen seien nur ein Anfang, denen bald tiefergehendere folgten. Wenn so, dann wird es viel Enttäuschung geben. Für radikalere Eingriffe in den kapitalistischen Weltteil, die, wie man annehmen kann, von dem sozialistischen Teil der Regierung vorgeschlagen wurden, sind die bürgerlichen Minister nicht zu haben.

Infolgedessen ist von der Koalitionsregierung die Anwendung solcher Mittel, die der Größe des Übels entsprechen, nicht zu erwarten. Sie wird weiterhin die kapitalistische Sahara mit dem Handbisen auszunutzen versuchen. Ihre finanztechnischen Mittel, so notwendig sie auch sein mögen, können nennenswerte Erträge nicht aus dem Grunde nicht zeitigen, weil sie von der alten Bürokratie durchgeführt werden. In deren Unfähigkeit, Trägheit und Widerspenstigkeit müssen auch Maßnahmen scheitern, die an sich ertragversprechend sind, wie die Ersetzung mit den bisherigen Steuergelegen, soweit sie die Betroffenen angeht, hinlänglich beweist. Außerdem wächst mit jedem neuen Steuergelei das Heer der Beamten, der bürokratische Apparat, kurz die unproduktiven Ausgaben, die zuweilen größer sind als die dafür errechneten Einnahmen. Sondern in Reich und Staaten angestellten Beamten sollen nicht weniger als die Hälfte auf das Finanzwesen kommen. Jüngst wurde mit viel Wichtigkeit dargelegt, es sollten fortan überhaupt keine Steuern mehr erhoben werden, da die Volksgemeinschaft trotz des Steuerausfalls besser laufe, weil die Vollgemeinschafter von Beamten zu produktiver Tätigkeit zurückgeführt, die Rangkassen für häusliche Zwecke vermietet und die Kosten für den Büroaufwand erspart werden könnten. Bei näherer Prüfung dieses Vorschlags kann man nicht umhin, zu gestehen, daß er eines hohen Gehalts von Wahrheit nicht wert ist.

Dies ist zur Erhaltung unserer Ansicht angeführt, daß von der Finanzseite her die deutsche Not ganz bestimmt nicht zu beheben ist. Um unsern tausendfältigen Mangel in Staat, Gemeinde und Haushalt zu mildern, brauchen wir mehr Lebensmittel, mehr Bedarfsgegenstände, mehr Ausfuhrwaren, kurz mehr Güter, größeren Reichtum. Kein Finanzgelei vermag dem Warenbestand auch nur eine Pfanne beizufügen. Das ist nur durch vermehrte Arbeit, durch Steigerung der Produktion möglich. Aber dafür ist unter den heutigen

Zuständen die Aussicht verhältnißmäßig gering. Ehe die Arbeiter noch strenger schranken, wollen sie unbedingt wissen, zu wessen Nutzen es geschieht. Für die Kapitalistenklasse, damit sie ihre Taschen noch mehr füllen, noch mehr Geld ins Ausland verschleppen, noch reicher die reaktionären Umtriebe unterstützen, noch fester ihre Macht befestigen kann? Dazu ist die Arbeiterschaft unter keinen Umständen bereit. Um ihre Befürchtung zu zerstreuen und sie dadurch zu größerer Anstrengung zu bewegen, muß ihr ungehemmte Einsicht in die Geldgebarung der Betriebe und volles Mitbestimmungsrecht, muß ungeschmälerte und wirkliche wirtschaftliche Demokratie gewährt werden. Für die größere Nähe der großen Sicherheit, daß der Arbeitsertrag dem Volksganzen zugute kommt. Oben ist an eine freudige und fleißige Teilnahme der Arbeiterschaft am Wiederaufbau, an die Befestigung unserer fürchtbaren Not nicht zu denken.

Gewährung voller wirtschaftlicher Demokratie ist somit die oberste Voraussetzung einer Besserung. Aber gerade davon wollen weder die bürgerlichen Parteien noch die Unternehmer etwas wissen. Sie werden sich mit Klauen und Zähnen dagegen wehren, werden lieber den Staat ruinieren, ihre Betriebe stilllegen, ehe sie die Notwendigkeit der Stunde erfüllen. So wird der Kampf auf der ganzen Linie zwischen Profitgier und Gemeinheitsgeist, zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Geld und Blut entbrennen. Es will einem bedünken, das Vorgeficht sei schon eröffnet. Für die Arbeiterklasse wie für den Staat möchte man wünschen, daß sich diese Auseinandersetzung friedlich, auf dem Boden der Geseggebung vollziehe. Indes hängt die Erfüllung des Wunsches nicht von der Arbeiterschaft, sondern von der Gegenseite ab. Daß diese sich zu der Einsicht, die die Not der Gegenwart heischt, bekehrt, ist ganz unwahrscheinlich. Nach den Novembertagen hätte man eher auf eine friedliche Lösung hoffen können. Leider haben damals unsere Politikführer die Sozialisierung zu Tode getrieben. Diese Unvermögenen meinten, vorderhand müsse etwas zum Sozialisieren geschaffen, müsse der Kapitalismus unbehindert bei der Schaffung von Werten und Reichtümern belassen werden, dann könne man an Sozialisierung denken. Die blinden Schlämme haben eben nichts zum Sozialisieren, die kapitalistische Klause aber fand viel zum Kapitalisieren. Weil wir nicht zu sozialisieren wagten, sind wir kapitalisiert worden.

Für die friedliche Lösung der großen Streitfrage fehlt übrigens auch die parlamentarische Voraussetzung. Hierfür wäre eine Parlamentsmehrheit erforderlich. Doch der gegenwärtigen fehlt es, wie die Erfahrung lehrt, an Verständnis für die geschichtliche Notwendigkeit, an dem Mut, eine noch nicht ausgeführte Straße zu betreten. Zur Führung hat sie sich noch immer unfähig gezeigt. Noch immer mußte sie geschoben werden, sei es von auswärtigen Ultimaten, sei es von der Masse im Innern. Man stelle sich vor, das Parlament hätte 1918 die Monarchie abschaffen und die Republik einführen sollen — die Republik wäre heute noch nicht zustande gekommen und würde es nie werden. Obwohl das Parlament wissen mußte und mußte, in welchem Sumpf die Regierung Cuno schlidderte, hat es von sich aus nichts getan, der unheilvollen Tätigkeit Einhalt zu gebieten. Erst als 1918 die revolutionäre Windsturm zeigte, daß es auch ohne Monarchie gehe, stellte sich die Parlamentsmehrheit auf den Boden der gegebenen Tatsachen; erst als der Massenschritt der Arbeiterschaft in den Straßen erschütterte, wurden sozialistische Forderungen — zu spät — bewilligt, und der Parlamentsmehrheit dämmerte es, daß dem Ministerium der „führenden Köpfe“ der Laufpaß zu geben sei. Anders hätte es wahrscheinlich auch bei der bevorstehenden Auseinandersetzung zwischen wirtschaftlicher Demokratie und kapitalistischer Autokratie nicht gehen. Die Parlamentsmehrheit wird mit unergöblichem Wortgeplänkel unbezahlbare Zeit vertrödeln, zu den finanztechnischen Maßnahmen noch weitere fügen, das heißt noch mehr Schachteln mit weißer Salbe besorgen — bis ihr von außen her unmissverständlich gezeigt wird, daß es nun genug ist des grausamen Spiels und daß von nun an es so und nicht anders gemacht werden muß. Dann wird die Parlamentsmehrheit sich abermals auf den „Boden der gegebenen Tatsachen“ stellen — und die gegebenen Tatsachen zu vernünftigen jurgen. Dies Urteil ist gewiß hart, allein auch uns wäre es lieber, wir hätten Beweise für ein milderes.

Vorderhand versuchen es Regierung und Parlamentsmehrheit noch mit den kleinen, den unzulänglichen Mitteln. Noch nirgends lassen beide ein Verständnis dafür sehen, daß es höchste Zeit für die Anwendung des großen Mittels ist; daß die Revolution, die 1918 mit einer politischen Umwälzung begann, auf wirtschaftlichem Gebiete weitergeführt, durchgeführt werden muß. Daß es keine andere Rettungsmöglichkeit mehr gibt, als volle, ehrliche wirtschaftliche Demokratie zu dem Zwecke der Sozialisierung. Den Sprung ins rettende Reuland will man nicht wagen. Inzwischen wächst der Geldmangel des Staates, verschlechtert sich die Markt, steigen die Preise, verallgemeinert sich der Hunger bis zur vollständigen Unerschwinglichkeit. Daß sich die ausgemergelten, gequälten, verzweifeln Massen wort- und tatenlos in eine Ecke legen, was zu verwenden, ist nicht wohl anzunehmen. Sie werden mit den Mitteln, die ihnen zur Verfügung stehen, und mit dem Bestand, den ihnen die Verzweiflung noch gelassen, die große Streitfrage zwischen Kapital und Arbeit lösen. Der Kapitalismus dürfte nicht im Bette sterben.

Die Ruhrpleite

Im modernen Krieg führen goldene und silberne Kugeln die Entscheidung herbei. Der Völkerrkrieg von 1914 bis 1918 hat es bestätigt. Doppelt genährt, hält besser, an der Ruhr haben wir die zweite Bestätigung dieser Wahrheit erhalten. Nur Karren kann es nach einer dritten Erfahrung gelüsten.

Der Kampf an der Ruhr ist beendet. Durch eine Regierungserklärung am 27. September 1923 der passive Widerstand in aller Form aufgehoben worden. Alle maßgebenden Vertretungen des deutschen Volkes, die gleichen Kreise, die im Januar nach dem Franzoseneinmarsch den Widerstand beschlossen, haben diesen schweren Entschluß gebilligt. Sämtliche Anweisungen und Verordnungen über den Widerstand sind mit sofortiger Wirkung außer Kraft gesetzt und besondere Stellen geschaffen worden, welche die noch anfallenden Schlussarbeiten erledigen.

Überraschend ist der Abschluß des Ruhrabenteuers nicht gekommen. Schon vor einem halben Jahre konnte mit Bestimmtheit der Ausgang vorausgesagt werden. Die Arbeiterschaft des Ruhrgebiets war, unterstützt und geführt von den Gewerkschaften, der eigentliche Träger des Widerstandes. Sie hat in Unbetracht der großen Verantwortung fortwährend verlangt, auf dem Wege der Verständigung zu einem für das deutsche Volk tragbaren Abschluß zu kommen. Ihre Stimme ist von dem deutschen Bürgerum, das im Kabinett Cuno seine Regierungskünste zeigte, hartnäckig überhört worden. Erst als dem deutschen Volke der Geduldsfaß endete, fühlte es sich veranlaßt, den Forderungen der Gewerkschaften gerecht zu werden. Ehe es aber soweit kam, mußte erst der wirtschaftliche Zerfall eintreten und die Verelendung des Volkes bis zur Unerschwinglichkeit gesteigert werden.

Der passive Widerstand hat schwere Opfer gefordert. Tausende Arbeiter- und Beamtenfamilien sind ausgewandert worden. Vertrieben aus der Heimat und Hab und Gut verloren, so sind sie im übrigen Deutschland verstreut. Groß ist die Zahl derer, die in Ausführung des Widerstandes sich in den Maschen der Strafverordnungen der Eindringlinge verfangen. Zuchthäuser und Gefängnisse sind mit ihnen gefüllt. Dazu noch viele, die völkerverwidrig als Geiseln festgehalten werden. Hier ist jetzt die große Aufgabe zu lösen, für alle Recht und Freiheit zu schaffen. Leicht wird das nicht werden.

Die Gegenseite zeigt sich festgestrickt und die brutale, plumpe Militärdiktatur liegt auf dem Verhandlungswege. Mit ihr ist kein Tausch, geschweige Völkerrleben zu schließen, eher trägt die Waage tobende Äpfel. Der Widerstand mußte aufgegeben werden, da das Deutsche Reich die finanziellen Lasten nicht mehr tragen konnte. Die Zugangsgebühren betragen Milliarden und wären in der kommenden Woche nach vorläufiger Schätzung auf acht Trillionen zu stehen gekommen. Das war für das Wirtschaftsleben untragbar. Frankreich verlangte vor Eintritt in die Verhandlungen bedingungslos Aufgabe des passiven Widerstandes. Diesem Machtgebot mußte sich gefügt werden, bevor es zu einem vollständigen Zusammenbruch kam und unser Volk in innerpolitischen Kämpfen verblutete.

Heute drängt sich die Frage auf: War die Ruhrbesetzung und damit das ganze Ruhrabenteuer nicht zu verhindern? Wir müssen gestehen, es war der schwerste Fehler, der jemals begangen wurde, daß die Regierung Cuno dem Ruhrkonflikt nicht ausgewichen ist. Der Vorwand konnte den Franzosen bei einigermaßen gutem Willen und bei einer verständigen Erfüllungspolitik genommen werden. Das Holz und die Kohlen hätten noch ohne vollständige Vernichtung des Wirtschaftslebens geliefert werden können. Jedenfalls wäre bei einer Erfüllungspolitik Deutschland die furchtbare Katastrophe erspart geblieben. Die innerpolitischen Zustände Deutschlands gaben Frankreich immer wieder den ersehnten Anlaß, seine Schritte nach der Ruhr zu beschleunigen. Nach dem Nord an Rhein aus begann es. Die Krönung war das Kabinett Cuno. Die nationale Frage ferierte Orgien. Sie paradierte auf Amerika, England und Rußland, ein Hoffen, hinter dem nichts anderes steckte als narriertes Kindergebäude. Siegreich wollten sie Frankreich besiegen, wo sie wußten, daß sie diesem militärischen Frankreich nichts anderes entgegenzusetzen konnten als die Verweigerung der Arbeitskraft oder Kanonen der Phantasia, die da irgendwo in Rußland oder der Türkei liegen sollten. Die Arbeiter haben den Widerstand geführt, haben die schweren Lasten getragen, demselben die Hurrapatrioten in Deutschland ein unsinniges Kraftmeiereium an den Tag legten, das nur die Stimmlosigkeit der französischen Staatsmänner forderzte. Gewissenslos Kapitalistenkreise Deutschlands wußten nichts anderes, als sich als Ruhrgeinnler von den Mitteln des Staates gehörig zu mästen. Das Ruhrschmarotzertum zeigt Verbretergestalten, denen jetzt der Prozeß gemacht werden muß.

Festzuhalten ist als unerhöchliche Wahrheit, daß die Regierung Cuno und die Steuerabotage der deutschen Unternehmer den Zusammenbruch des Widerstandes an der Ruhr verschuldet haben. Der Widerstand war bei Beginn eine Notwendigkeit, der sich die Arbeiterschaft nicht verschließen konnte. Selbst wenn Frankreich berechtigten Klagen über Beschäftigung bei den Sachleistungen zu haben glaubte, hatte es nach dem Völkerrrecht und dem Friedensvertrag von Versailles kein Recht, seine Soldaten nach der Ruhr zu schicken. Wir haben vor der Welt gegen Gewalt und Unrecht gekämpft und diesen Kampf hat ein raffgieriges Kapitalistengeheimnis geschlagen.

Der Widerstand ist abgebrochen, die Arbeiter lehren zur geregelten Arbeit zurück und die durch Nachkriegsnot unterbrochene Erfüllungspolitik wird fortgesetzt. Noch weiß niemand, wie mit Frankreich zu einer vernünftigen Verständigung zu kommen ist, und schon sind Deutschlands Schwerwiesener Besorgnis, für sich ein Ertraggeschäft dabei zu machen. Eine wohlfeile Presse legt zu ihren Diensten und sie ist schon jetzt darüber im Klaren, daß die zu erwartenden Reparationslasten auf die Arbeitermassen abgewälzt werden. Das soll nun weniger schmerzhaft geschehen, und zwar durch die Verlängerung des Arbeitsvertrages bei einem Steigertum des Lohnes. Die Gelüste sind ja allbekannt und oft abgewehrt, bei der Ruhrpleite glauben sie aber ganz bestimmt, etwas zu erreichen. Diese Forderung zu stellen in einer Zeit, in der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im schlimmsten Umfang herrscht, ist mehr denn Wahnsinn. Arbeitszeitverlängerung würde nur bedeuten, größere Scharen Arbeitsloser neu zu schaffen. Die Herren können doch niemand glauben machen, daß eine Verlängerung der Waren bringe. Deutschland hat in der Welt die niedrigsten Reallohn, seine Waren haben aber den Weltmarktpreis erreicht, zum Preis und Verkaufspreis geblieben. In die Profitkiste ist er gegliedert. Sie behaupten, die Steuerbelastung sei untragbar. Dabei haben sie bisher nichts an Steuer entrichtet; jetzt sollen sie zahlen und da beantragen sie die Ausrufung mit einer Sabotage der deutschen Wirtschaft. Wir warnen: Hände weg vom Achtstundentag!

